

7. Interpellation von Simon Vogel, Oliver Martin, Elina Müller, Peter Schenk, Kilian Imhof vom 9. November 2022 "Erneuerbare Energie der Axpo für den Thurgau" (20/IN 34/410)

Beantwortung

Präsident: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Die Interpellanten und die Interpellantin haben das Wort für eine kurze Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Vogel, GRÜNE: Ich danke dem Regierungsrat auch im Namen der Interpellanten und der Interpellantin für die Beantwortung der Interpellation. Grundsätzlich zeigen wir uns damit zufrieden und teilen die Einschätzung des Regierungsrates, auch wenn wir uns an gewissen Stellen mehr Handlungsspielraum erwünschten. Eine sichere und nachhaltige Stromversorgung wird uns auch in Zukunft beschäftigen. Die lokalen Energieversorger EKT AG und Axpo sind angehalten, ihren Beitrag dazu zu leisten, worüber wir im Grossen Rat gerne diskutieren wollen. Ich **beantrage** Diskussion.

Abstimmung: Diskussion wird mit 79:1 Stimmen bei 1 Enthaltung beschlossen.

Vogel, GRÜNE: Vor einem Jahr stiegen die Strompreise stark. Die Axpo musste unter einen Rettungsschirm, da die notwendige Liquidität teilweise nicht mehr gegeben war. Weiter haben die hohen Strompreise die Energieversorgungsunternehmen (EVU), und damit auch die gebundenen Endkunden, hart getroffen. In gewissen Gemeinden kostet der Strom seit Beginn des Jahres im Vergleich zum Vorjahr das Doppelte oder gar Dreifache. Auch die Strompreise für das Jahr 2024 bewegen sich teilweise noch in ähnlichen Höhen. Gleichzeitig besitzt unser Kanton 12 % der Axpo, die grundsätzlich genügend Strom aus Wasserkraft produziert, um mit unserem Anteil 85 % des Thurgauer Stromverbrauchs zu decken. In den Jahren davor führten die tiefen Strompreise im Gegenzug dazu, dass die Axpo keine grossen Investitionen in Wasserkraft mehr tätigen konnte. Anstelle der Nutzung der Synergien zwischen der Produktion der Axpo und der Versorgung hier im Kanton, den EVU, stehen wir jedoch mit komplett unabhängigen Unternehmen und 90 EVU da, die nichts miteinander zu tun haben. Im letzten Jahr war es für alle schwierig; für die EVU aufgrund der hohen Strompreise und die Axpo sitzt unter einem Rettungsschirm. Alles in allem ist das meines Erachtens Grund genug, den aktuellen liberalisierten Strommarkt kritisch zu betrachten. Strom ist schlussendlich ein kaum verzichtbares Gut. Eine Knappheit hat gravierende Folgen für grosse Teile der Gesellschaft und der Wirtschaft. Die Stromversorgung ist Service Public. Wir müssen es schaffen, dass die notwendigen Investitionen in eine nachhaltige, sichere und lokale Energieversorgung getätigt werden. Würde man den Strom direkt nutzen, würden sich die Risiken der Axpo reduzieren und die EVU würden von stabileren Preisen profitieren. So auf je-

den Fall die Idee, die nicht nur wir hier im Thurgau hatten. In Zürich beispielsweise wurden ähnlich lautende Postulate erheblich erklärt. Der Strommarkt ist jedoch komplex. Wie wir der Beantwortung entnehmen konnten, stehen diesem Vorhaben diverse Hindernisse im Weg. Im Thurgau macht es die Vielzahl der EVU nochmals komplizierter. Diese Ausgangslage ist aus Thurgauer Sicht vorläufig gegeben. Wir sind jedoch in der Pflicht, im Thurgau unseren Beitrag zu leisten. Es stellt sich daher die Frage, was wir in diesem Umfeld tun können. Tatsache ist, dass Versorger mit langfristigen Verträgen und viel Eigenproduktion unabhängiger sind und im letzten Jahr besser gefahren sind. Denn langfristige Verträge bieten stabilere Preise. Die Eigenproduktion kann zudem anders verrechnet werden und unterliegt nicht den Marktpreisen. Hierbei kann die Eigenproduktion sowohl direkt beim EVU als auch via Partnerwerke erfolgen. So konnten beispielsweise die Elektrizitätswerke der Stadt Zürich ihre Tarife stabil halten, da sie über genügend eigene Kraftwerke verfügen. Diese sind jedoch nur begrenzt mit den EVU im Thurgau vergleichbar, nur schon aufgrund der Grösse. Wenn man sich die Ausgangslage anschaut, wird einem klar, dass unsere EVU möglichst viel Eigenproduktion brauchen. Hierzu können kleinere Investitionen in grosse Photovoltaikanlagen getätigt werden. Es sollte jedoch auch versucht werden, im Verbund mit anderen EVU in grössere Kraftwerke zu investieren. So wäre im Thurgau beispielsweise ein Windpark denkbar. Hierzu braucht es jedoch auch politischen Willen auf Gemeindeebene. Meines Erachtens sollten die EVU solche Investitionen den Gewinnausschüttungen an die Gemeinden vorziehen. Diesbezüglich könnte man sich in einem solchen Verbund auch die EKT AG vorstellen, die koordiniert und zusätzliche Investitionen ermöglicht. Ebenfalls ist klar, dass wir Rahmenbedingungen schaffen müssen, damit solche Investitionen getätigt werden. Es kann doch nicht sein, dass für die Realisierung eines Projektes 15 Jahre benötigt werden. Weiter sollten die EVU die Energie möglichst mit langfristigen Verträgen beschaffen, um so stabilere Preise zu erreichen, aber auch Investitionen in inländische und lokale erneuerbare Energien zu unterstützen, die sie nicht selber tätigen können oder wollen. Diesbezüglich hat die Bundesversammlung letzten Freitag mit dem Mantelerlass für eine sichere Stromversorgung etwas entschieden und fordert von den EVU neu einen Mindestanteil an erneuerbarer Energie sowie langfristige Bezugsverträge dafür. Zu Frage 1 teile ich die Ansichten des Regierungsrates grundsätzlich, dass der ökonomische Nutzen der Energie der Axpo möglichst der Bevölkerung und der Wirtschaft des Kantons zukommen sollte. Gleichzeitig ist die Axpo jedoch angehalten, ihre inländische Stromproduktion möglichst auszubauen und ihren Beitrag zur Versorgungssicherheit zu leisten. Die GRÜNE-Fraktion begrüsst die Schaffung einer Energiestiftung, die eine sichere und nachhaltige Energieerzeugung und -versorgung im Kanton Thurgau unterstützt. Ich werde als Stiftungsrat mein Bestes geben, dass die Stiftung die angedachte Wirkung entfalten kann. Frage 3 beschäftigt sich hauptsächlich mit strategischen Überlegungen zur Axpo und den Einflussmöglichkeiten des Kantons. Hier erwarte ich, dass der Thurgau seine Einflussmöglichkeiten nutzt, um eine strategische Ausrichtung der Axpo für eine

nachhaltige und sichere Energieversorgung zu erreichen. Wir müssen jetzt investieren, um auch zukünftig das ganze Jahr eine sichere Stromversorgung zu haben. Hierzu braucht es gute Rahmenbedingungen, beschleunigte Bewilligungsverfahren, vermehrte Investitionen in eigene, lokale erneuerbare Produktionsanlagen und schlussendlich ein Stromabkommen mit der Europäischen Union als entscheidende Komponenten für die Energiesicherheit in Zukunft. Wir sollten es auf allen Ebenen anpacken und die Spielräume nutzen, die uns hier im Thurgau bleiben: im Privaten, bei den EVU, im Kanton und bei der Axpo.

Imhof, Die Mitte/EVP: Die Axpo hat unser Parlament Ende August zu einer Information betreffend ihre Strategie eingeladen. Diese war ausführlich und hat in vielen Punkten überzeugt. Ein weiterer Dialog zwischen der Axpo und den Eigentümern zur Abstimmung der Strategie ist wichtig. In den Medien konnten wir in dieser Zeit erfahren, dass der Umgang der Stromkonzerne mit der Wasserkraft auch national sehr genau betrachtet wird. Schliesslich sollten wir die Strategie unserer EKT AG mit dem Äufnen des Energiefonds unterstützen. Unsere Interpellation stellt Fragen im sehr komplexen Thema des Strommarkts und den Möglichkeiten unseres Kantons dazu. Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die ausführliche und für mich zum grossen Teil zufriedenstellende Beantwortung der Fragen. Die Gegenargumente des Interpellanten unterstütze ich, wiederhole sie hier aber nicht. Drei Punkte möchte ich zusätzlich herausstreichen: Seit 2009 ist der Strommarkt teilliberalisiert. Ich betrachte die Wahlfreiheit grundsätzlich als hohes Gut und weiss auch aus dem Sport, dass Konkurrenz eine höhere Leistungsbereitschaft und meist bessere Qualität fördert. Aus diesem Grund habe ich den Liberalisierungsschritt dazumal begrüsst. Immer öfter komme ich jetzt aber zum Schluss, dass die Teilliberalisierung problematische Auswirkungen hat. Versorgungssicherheit und ökonomisches Gewinnbestreben gehen nur schlecht miteinander einher, besonders dann, wenn man als kleiner Endkunde doch abhängig ist und nicht selbst entscheiden kann. Eine völlige Öffnung des Strommarkts oder gar ein Schritt zurück zum Zustand von vor 2009 stellen für mich mögliche Szenarien dar, die jetzt diskutiert werden müssen. Unserem Kanton gehört ein Achtel der Axpo. Das ist der Grund, weshalb wir bei der Strategie ein Wörtchen mitreden sollten und auch dürfen. Wenn wir uns gemeinsam mit anderen beteiligten Kantonen für ein Anliegen stark machen, ergibt dies bald eine Mehrheit. Wie wir gehört haben, gab es in den Kantonen Zürich und St. Gallen ebenfalls Vorstösse zur gleichen Thematik. Die EKT AG im Kanton Thurgau arbeitet gut. Bei einer Strommangellage und speziell bei einem Blackout ist sie aber zu wenig handlungsfähig, da die einzelnen EVU nicht koordiniert arbeiten können. Dies ist zwar nicht eigentlicher Gegenstand der Interpellation, muss mittelfristig aber zwingend auch politisch angegangen werden, damit uns nicht unerwartet das Licht ausgeht. Im Rahmen der Vorbereitungen auf die Weltmeisterschaften im Orientierungslauf in Flims versuchte ich als Trainer, den Athletinnen und Athleten den erhöhten mentalen Druck erlebbar zu machen. Wir besuchten deshalb

das Kraftwerk Zervraila in Vals und spürten in der Staumauer, wie das Wasser mit enormer Kraft auf die Mauer drückt. Mit gezielter Steuerung des Wassers via Turbinen führt der Druck jedoch zu riesiger und wertvoller Energie. Die Athletinnen und Athleten haben das Bild verstanden und es an den Weltmeisterschaften in Resultate umgesetzt. Dieses Bild kann vielleicht auch unserem Regierungsrat helfen, den Zusatzdruck mit dem Anliegen der Interpellation in Energie und Handlung zu verwandeln.

Nägeli, SVP: Ich hoffe, dass dem Strom meiner Ausführungen möglichst wenig Widerstand entgegengebracht und mir trotzdem mit Spannung zugehört wird. Zur Interpellation und den gestellten Fragen hat der Regierungsrat eine umfassende Beantwortung verfasst, wofür sich die SVP-Fraktion bedankt. Der Interpellant hat bereits einiges aufgezählt und scheint mit der Beantwortung zufrieden zu sein. Der Regierungsrat zeigt deutlich auf, wie beschränkt die Einflussnahme des Kantons respektive der EKT AG auf das Anliegen der Interpellanten und der Interpellantin ist. Ich möchte nicht mehr wiederholen, was bereits ausgeführt wurde. Der Interpellant hat ebenfalls bereits darauf hingewiesen, dass die Hoffnung bei der vor wenigen Monaten gegründeten EKT Energiestiftung liegt, die insbesondere die Förderung von Projekten für eine saubere, sichere und vor allem nachhaltige Energieerzeugung und -versorgung im Kanton Thurgau bezweckt. Der Interpellant wird garantieren, dass dies auch richtig ausgeführt wird. Zu guter Letzt plant die Axpo, im Bereich des Solarausbaus in der Schweiz bis 2030 rund 4'200 Projekte zu realisieren.

Marco Rüegg, GLP: Grundsätzlich sind wir gegen unnötige Markteingriffe. Die Vergangenheit hat gelehrt, dass dies zu Verzerrungen und Ungerechtigkeiten führt. Vielmehr muss der Markt endlich geöffnet werden. Ich bin seit 15 Jahren in der Schweizer Energiewirtschaft unterwegs. Ich habe Zeiten erlebt, in denen der Strom am kurzfristigen Spotmarkt im Durchschnitt unter 3 Rappen pro Kilowattstunde kostete. Damals wollten alle weg von der sicheren Grundversorgung hin zum attraktiveren Markt, auch Thurgauer Elektrizitätswerke und Unternehmen. Die Axpo schrieb Verluste. Ende August 2022 stieg der Preis kurzfristig auf über 85 Rappen pro Kilowattstunde. Geschuldet war dies den sehr hohen Gaspreisen, den reduzierten Erträgen aus Windenergie und der schlechten Verfügbarkeit französischer Atomkraftwerke. Das am europäischen Energiemarkt angewendete "Merit-Order-Prinzip" besagt, dass zur Deckung des Bedarfs zuerst die günstige erneuerbare Energie zum Zuge kommt, dann die Kernenergie und danach Gas und Kohle. Preisbestimmend ist jedoch das letzte benötigte Kraftwerk. Das waren damals leider die Gaskraftwerke mit astronomisch hohen Preisen. Heute sehen wir aber wieder Spotpreise um die 10 Rappen pro Kilowattstunde. Das ist zwar immer noch rund dreimal mehr als zu Tiefpreiszeiten, aber ein fairer Preis für wertvolle Energie. Zudem liegt der Preis über den Gestehungskosten von Wasserkraft, was der Axpo Sicherheiten gibt. Wenn die neuen erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden, werden die Durch-

schnittspreise erneut sinken. Im Winter wird es zeitweise jedoch höhere Preise geben. Im Gegensatz zum Kurzfristhandel, der von Energieproduzenten und -händlern bedient wird, agieren am langfristigen Terminmarkt Banken, Fonds und Spekulanten. Diese werden durch Prognosen und Szenarien getriggert. Viel Angst bedeutet hohe Preise bei den Futures. Ende August 2022 erlebten wir einen Preis für das Frontjahr von über einem Franken pro Kilowattstunde. Heute liegen die Preise aber wieder bei etwa 15 Rappen pro Kilowattstunde. Ob man langfristig einen stabilen und günstigen Strompreis anbieten kann, hängt von der Beschaffungsstrategie ab. Die Strompreise in der Grundversorgung müssen jährlich veröffentlicht werden. Man ist heute daher gezwungen, einen grossen Teil am spekulativen Markt zu kaufen. Umso mehr braucht es eine langfristige Strategie. Wenn man in seiner Gemeinde für die Energie 40 Rappen pro Kilowattstunde bezahlt, hat der Versorger wohl auf eine Zeitpunktbeschaffung gesetzt und ist "in den Hammer" gelaufen. Vielleicht hatte er drei Jahre zuvor jedoch Glück und konnte einen tiefen Preis anbieten. Wir sollten darüber diskutieren, ob die 90 Thurgauer EVU das nötige Knowhow haben, den grundversorgten Kunden stabile Strompreise zu sichern. Viele EVU werden diesbezüglich anscheinend schlecht beraten. Der Konsument hat Glück oder Pech, je nachdem, wo er wohnt. Für "Gewerbler" ist das durchaus existenziell, denn mehr als fünfmal höhere Energiekosten kann man einfach nicht voraussehen. Das heisst jetzt nicht, dass ich für einen kantonalen Einheitspreis oder eine Zentralisierung bin. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Ich bin für diskriminierungsfreie Märkte und maximalen Wettbewerb. Die Situation der ungerecht hohen Preise kann nämlich nur entschärft werden, indem der Markt endlich komplett geöffnet wird. So können auch Private und Gewerbekunden ihren Stromanbieter frei wählen. Dabei kommen Energielieferanten zum Zuge, die über eine professionelle Strombeschaffung verfügen und langfristig attraktive Strompreise anbieten können. Dies würde zwangsläufig zu einer Konsolidierung der Versorger führen, was aber auch gar nicht schlecht wäre. Mit den freiwerdenden Kapazitäten könnte der Fokus auf den Ausbau der Solarenergie und Stromnetze gelegt werden. Künftig werden für ein Beschaffungsportfolio vermehrt erneuerbare Technologien berücksichtigt, da die Gestehungskosten dabei tiefer sind als bei traditionellen Technologien. Dies wird auch lokaler Solarstrom sein. Viele Solarstromproduzenten erhalten für ihren Solarstrom zu wenig, obwohl der Strom in der Gemeinde zur gleichen Zeit teuer verkauft wird. Diese Ungerechtigkeit muss gelöst werden. In der Europäischen Union boomen beispielsweise sogenannte PPA, Power Purchase Agreements. Dabei vereinbart die Industrie direkt mit den Solar- oder Windparkbetreibern langfristige Strompreise. Aber auch hier ist es nicht so einfach. Zu viel Solarstrom drückt im Sommer den Preis, in vereinzelt Stunden gar bis ins Negative. Die Lösung dazu lautet Energiespeicherung, und zwar in stationären und mobilen Batteriespeichern und später auch in saisonalen Speichern. Falls der Strom aus fossiler Produktion entgegen allen Erwartungen wieder günstiger sein wird als aus erneuerbarer Produktion, schlagen wir vor, Bezugsquoten auf Konsumentenebene einzuführen. Das hätte den Charme, dass der Strommix vorgegeben wird, die Preise aber

am Markt gebildet würden. Leider bringt uns ein direkter Bezug von Strom der Axpo nicht mehr Versorgungssicherheit, da dieser nicht im Thurgau hergestellt wird. Hierzu sollte der Regierungsrat das Solarpotenzial möglichst rasch erschliessen und unsere Thurgauer Solarinitiative unterstützen. Grundsätzlich versteht die GLP-Fraktion die Motivation der Interpellation, die Stromkosten kalkulierbarer und attraktiv zu machen. Wir sehen es aber ähnlich wie der Regierungsrat, dass ein Bezugsrecht bei der Axpo weder umsetzbar noch sinnvoll ist. Wie ausgeführt sehen wir die Lösung bei den erneuerbaren Energien, bei Energiespeichern und bei der gesicherten Anbindung an den europäischen Stromhandel.

Wüst, EDU: Ich verlese das Votum meines Fraktionskollegen Peter Schenk: "Die EDU-Fraktion bedankt sich für die umfassende Beantwortung der Interpellation. In der Beantwortung zu Frage 1 zählt der Regierungsrat vier Zielpunkte auf, die wir grundsätzlich sehr unterstützen. Es fehlt uns in der Aufzählung der erneuerbaren Energien jedoch die Geothermie. Ich frage mich, weshalb diese ausgeklammert wird. Das Winterloch könnte mit der Geothermie gestopft werden. Unseres Erachtens ist es für die Axpo und damit auch für die EKT AG sowie die EVU besser, hier in der Schweiz und im Thurgau zu investieren, anstatt Verträge mit dem Ausland anzustreben, die sehr wahrscheinlich nicht eingehalten werden, wenn es hart auf hart kommt. Die EDU-Fraktion ermuntert die Axpo und die EKT AG, die erneuerbare Energieproduktion im Thurgau voranzutreiben. Dazu gehört aus unserer Sicht vorab die Geothermie."

Elina Müller, SP: Kurz zusammengefasst beantwortet der Regierungsrat unsere Interpellation wie folgt: Dem Kanton gehört über die EKT AG gemeinsam mit den anderen Eignerkantonen zwar die Axpo. Aufgrund der teilweisen Strommarktliberalisierung macht dies für die EVU der Thurgauer Gemeinden jedoch keinen Unterschied. Sie haben weder Einfluss noch Anspruch auf den produzierten Strom und können keine langfristigen, stabilen Abnahmeverträge mit der Axpo vereinbaren. Es gibt die Eignerstrategie und das Energiegesetz des Bundes. Trotzdem haben wir die politische Kontrolle über ein existenzielles Gut wie den Strom weitgehend aus der Hand gegeben, obwohl die Stromproduzenten in der Schweiz zu rund 80 % den Kantonen und Gemeinden gehören und in vielen Verwaltungsräten Leute sitzen, die parallel dazu in der Politik tätig sind. Es ist schwer nachvollzieh- und vermittelbar, dass die Stromproduzenten zwar zu einem grossen Teil uns gehören, die demokratisch legitimierten politischen Organe aber praktisch nichts zu sagen haben. In den letzten Jahren sind die Probleme der teilweisen Strommarktliberalisierung deutlich geworden. Der Umstieg auf erneuerbare Energie wird zu wenig gefördert, da die Gestehungspreise teilweise unter den Marktpreisen liegen. Wenn Dividenden ausbezahlt werden müssen, wird der Anteil am Gewinn nicht in neue Stromproduktion investiert. Aktuell bedrohen Turbulenzen an der Strombörse unsere Versorgungssicherheit. Aufgrund fehlender Transparenz können die Verflechtungen und Kon-

sequenzen der Verwerfungen nur schwer abgeschätzt werden. Hier und jetzt im Grossen Rat können wir an der Strohmarktliberalisierung nichts ändern. Wir können allerdings zumindest dafür sorgen, dass die Dividenden, die wir von der Axpo erhalten, vollständig für den Umstieg auf erneuerbare Energien, die Versorgungssicherheit und stabile Preise für die Endkunden eingesetzt werden. Die kürzlich gegründete Energiestiftung der EKT AG ist diesbezüglich ein guter Ansatz. Wir hoffen, dass die Investitionen in Innovation, Forschung und Bildung gute Lösungen im Kanton fördern werden. Wie der Regierungsrat schreibt, besteht ein wichtiger Hebel darin, dass die EVU Projekte zur Eigenproduktion von Strom entwickeln, worin die Energiestiftung sie unterstützen kann. Da es im Thurgau aussergewöhnlich viele und kleine EVU gibt, bräuchte es dafür wohl eine verstärkte Zusammenarbeit der EVU. In den nächsten Jahren gilt es, die Tätigkeit der Energiestiftung gut zu beobachten. Es sollte aber auch der übrige Anteil der Dividenden, wenn dann wieder solche ausgeschüttet werden, für Energieeffizienz sowie regional produzierte, erneuerbare Energie eingesetzt werden, beispielsweise über eine weitere Öffnung des Energiefonds.

Pretali, FDP: Die Herausforderungen für die Versorgung des Thurgaus mit erneuerbarer Energie lassen sich mit den Vorstellungen der Interpellanten und der Interpellantin nicht lösen. Dies zeigt die ausführliche Beantwortung des Regierungsrates, für welche wir uns ganz herzlich bedanken. Die FDP-Fraktion steht für eine nachhaltige Energiepolitik sowie langfristige und verlässliche Rahmenbedingungen. Die Schweizer Energiepolitik steht erneut an einem Wendepunkt. Aufgrund politischer Entscheide und Entwicklungen im In- und Ausland gilt es, grosse Herausforderungen möglichst rasch zu meistern. Denn während die Europäische Union den Strombinnenmarkt seit Jahren weiterentwickelt, kann die Schweiz nicht mitwirken. Dieser Umstand hat negative Auswirkungen auf unsere Netzstabilität und die Versorgungssicherheit. Bereits ab 2025 besteht aufgrund der ungewissen Ausgangslage in Bezug auf die künftige Integration der Schweiz im europäischen Strommarkt ein Risiko für anhaltende Stromlücken. Dies wurde auch am Informationsanlass der Axpo thematisiert. Zur Lösung der Problemstellung braucht es weder Panik noch zusätzliche Polemik, sondern Pragmatismus und vorausschauendes Handeln. Für die Sicherstellung der Versorgung im Kanton hilft nur der konsequente Zubau von Produktionskapazitäten, speziell für Winterstrom. Auch die vermehrte energetische Nutzung von Biomasse würde dafür noch Potential bieten. Dazu kommen wir vielleicht an der nächsten Sitzung. Am Rad der Zeit zu drehen und zu Lösungen mit Liefer- und Abnahmeverpflichtungen zurückzukehren, bringt keine zusätzliche Kilowattstunde Strom. Gefordert sind Pragmatismus und vorausschauendes Handeln. Wir sollten als Bürgerinnen und Bürger und auch als politisch Verantwortliche endlich effizient werden und nicht so viel Energie in die Verhinderung der Produktion von mehr Strom verschwenden. Ich hoffe, dass der Regierungsrat an den richtigen Stellen Einfluss nimmt, damit die EKT Energiestiftung, die vor wenigen Monaten ins Leben gerufen wurde, hilft, die Förderung

von Technologien und Projekten für eine sichere und nachhaltige Energieerzeugung sowie -versorgung im Kanton Thurgau voranzutreiben.

Martin, SVP: In der Schweiz produzierter Strom bleibt in der Schweiz. So sollte es doch sein. Nur sieht es in der Praxis leider anders aus. Wir alle wissen, dass der Stromverbrauch steigen wird. Momentan haben wir kaum Investitionen in Wasserkraft. Die Laufzeit der Kernkraftwerke neigt sich dem Ende entgegen und die erneuerbaren Energien reichen nicht aus. Unser Ziel muss es doch sein, unserer Bevölkerung und den Endverbrauchern Energie und Strom zu zahlbaren Kosten zur Verfügung zu stellen. Die Stromproduktion ist ein zentraler Pfeiler des öffentlichen Versorgungsauftrags. Wasser und Strom sind lebensnotwendig. Strom ist schlussendlich ein kaum verzichtbares Gut. Eine Knappheit hat gravierende Folgen für Teile der Gesellschaft und der Wirtschaft. Die Stromproduktion ist Service Public. Deshalb gibt es nur eine Lösung, die heute bereits mehrmals erwähnt wurde: Die Stromproduktion, die Eigenproduktion, muss gesteigert werden. Dass fähige Politiker wieder vermehrt in Verwaltungsräten der Axpo Einsitz nehmen, wäre ein Ansatz. Dies braucht aber auch fachliche Qualifikationen kombiniert mit einem Denken für das Wohl unserer Bevölkerung und unserer Wirtschaft, die unter den Stromkosten leiden. Da wird die Auswahl bereits wieder enger. Ein guter Mix wäre die Lösung. Fachleute sind oft auch nicht fähig, das gesamte Bild zu sehen. Es gibt aus der jüngsten Vergangenheit genügend Beispiele, bei der sogenannte Porsche-Manager, ohne jemandem zu nahezutreten, oder Fachleute Fehlentscheide getroffen haben, für die schlussendlich wir, der Souverän, die Verantwortung übernehmen mussten. Es nervt einfach, wenn es heisst, dass der Bund helfe und man nicht mehr mitdenken müsse. Schlussendlich bezahlt wieder das Volk. Ich erwarte auch von den Verantwortungsträgern des Managements der Axpo und anderen Stromproduzenten unseres Landes ein Mitdenken. Spekulationen mit Strom oder Lebensmittel auf Kosten anderer sollten verboten werden. Wir müssen gemeinsam Lösungen zum Wohle aller in unserem Kanton schaffen, und zwar ohne Egoismus und ohne Gier. Dann kommt es gut.

Regierungsrat **Schönholzer:** Ich bin sehr froh, dass am Ende der letzten Sitzung des Grossen Rates in Frauenfeld der Anlass der Axpo stattgefunden hat und die Ratsmitglieder die Gelegenheit so zahlreich wahrgenommen haben, sich aus erster Hand darüber informieren zu lassen, wie komplex der Energiemarkt in diesem Land geworden ist. Ich bin wirklich nicht sicher, ob der Axpo oder den Stromkonzernen gedient wäre, wenn noch mehr Politiker in den Verwaltungsräten Einsitz nehmen würden. Wir sind mit unserem Mitglied im Verwaltungsrat der Axpo, Ständerat Dr. Jakob Stark, gut bedient. Meines Erachtens sollten wir es dabei bewenden lassen, da diese Thematik grosses Fachwissen braucht. Dr. Jakob Stark braucht dies, um den Link in die Politik zu machen, und das gelingt ihm ausgezeichnet. Ich möchte den Votanten danken, welche die Unterstützung der EKT Energiestiftung erwähnt haben. Diese ist in der Tat sehr wichtig. Sie konnte nur ge-

gründet werden, weil der Grosse Rat uns immer wieder antreibt, dass die Unternehmung EKT AG auch in Dinge investieren soll, die nicht unbedingt Renditen abwerfen. Dies kann man von einer Unternehmung jedoch nicht so verlangen, weshalb wir die Stiftung gegründet haben. Sie wird im Übrigen von Dividenden finanziert, die wir von der Axpo oder der EKT AG erhalten. Dividenden sind somit nicht des Teufels. Es kommt immer darauf an, was man damit macht. Die Interpellanten und die Interpellantin haben richtig erkannt, dass Unternehmen, die selber Strom produzieren und über gebundene Endverbraucher verfügen, denen sie den Strom zu Gestehungskosten verkaufen können, einen Vorteil haben. Beides trifft auf unsere EKT AG jedoch nicht zu. Wenn die Frage aufkommt, wie es denn möglich sei, dass wir unterschiedliche Strompreise respektive Beschaffungen haben, muss ich darauf hinweisen, dass diesbezüglich unsere 89 EVU im Kanton Thurgau gefordert sind. Diese können den Strom kaufen, wo sie wollen. Sie sind alle frei und machen das auch. Das braucht aber eine kluge Beschaffungsstrategie und einen hohen Anteil an Eigenproduktion. Diese Herausforderung zusammen mit den übrigen Herausforderungen im Bereich des Strommarktes setzen eine strategische und unternehmerische Führung der einzelnen EVU voraus. Es ist aber auch die Gesellschaft gefordert, sprich wir alle. Die Schweiz und der Thurgau müssen viel mehr Eigenproduktion zubauen, vor allem für den Winter. Im Bundesparlament hat man dies jetzt erkannt. Der Mantelerlass lässt grüssen. Bisher haben wir diesbezüglich jedoch noch gar nichts erreicht. Wir leben nach wie vor von den grossen Investitionen unserer Urgrossväter und Grossväter. Seit den 70er Jahren hat dieses Land nichts mehr in grossem Stil zugebaut. Die Axpo würde übrigens sehr gerne bauen. Man muss es nur zulassen. Die Solarinitiative ist gut und recht. Sie hilft uns jedoch nicht, das Problem des fehlenden Stroms im Winter oder in der Nacht zu lösen. Wir brauchen alle erneuerbaren Energien. Vor allem brauchen wir aber auch Speichermöglichkeiten. Es muss uns mit Innovationen gelingen, und da knüpfe ich wieder an die Energiestiftung an, Technologien zu entwickeln, mit denen wir in grossen Mengen Strom, auch Solarstrom, vom Sommer in den Winter transferieren können. Zum Strommarktabkommen: Hier ist die Ausgangslage relativ einfach. Die Schweiz muss jetzt einfach entscheiden, was sie will. Diesbezüglich greife ich das Votum auf, das die Teilliberalisierung angesprochen hat. Unser Land ist in hohem Masse darauf angewiesen, dass wir mit den umliegenden Ländern der Europäischen Union und darüber hinaus Handel treiben können, weil das Netz ständig stabil bleiben muss. Es muss immer so viel Strom produziert werden, wie gerade gebraucht wird. Ist es zu viel, bricht das Netz zusammen, ist es zu wenig, ebenfalls. Es stellt sich die Frage, wie man das erreichen soll, wenn nicht im europäischen Verbund. Diese Thematik ist akut gefährdet. Vor allem ist sie künftig gefährdet, wenn die Europäische Union ab 2025, also schon bald, die Importkapazitäten durch die Umsetzung der Europäischen Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie beschränken wird. Es kommen auch technische und ökonomische Nachteile auf die Schweiz zu. Im Sommer haben wir Speicherseen, die wir entleeren können, um den umliegenden Staaten zu helfen, ihre Lücken zu decken. Im Winter sind

wir jedoch darauf angewiesen, dass es in die andere Richtung geht. Die Europäische Union hat jedoch klar gesagt, dass es ein solches Abkommen nur gebe, wenn die Schweiz die volle Marktöffnung, die volle Liberalisierung durchführt. Da gibt es aber Kreise, die das nicht wollen. Wenn man dies nicht will, muss unser Land dazu bereit sein, die Konsequenzen zu tragen. Die Konsequenzen lauten: Massiver Zubau von Strom, und zwar wirklich massiv. Also eine Vervielfachung von dem, was wir jetzt tun. Zudem braucht es Netze. Das sind immense Kosten, die auf unser Land zukommen, zusätzlich zu vielen weiteren Unsicherheiten, die wir ebenfalls in Kauf nehmen müssen. Wie man sieht, ist die Thematik derart komplex, dass sie besser im europäischen Verbund gelöst wird. Ich bitte die Ratsmitglieder, mitzunehmen, dass es noch nicht lange her ist, als die Axpo beinahe Konkurs gegangen wäre. Dies deshalb, weil sie investiert hat, insbesondere in die Kraftwerke Lindt-Limmern, und die Gestehungskosten für den Strom am Markt nicht erhalten hat. Jetzt hat es wieder in die andere Seite gedreht. Das vergisst man sehr schnell. Vielleicht lesen Sie noch einmal die Beantwortung des Regierungsrates zu Frage 1. Dort ist erwähnt, dass Protektionismus und ökonomischer Nationalismus gerade in Krisenzeiten ein schlechter Ratgeber sind. Meines Erachtens müssen wir hier den Hebel ansetzen. In diesem Sinne danke ich für die gute Diskussion. Das Thema ist mit der Diskussion aber bei weitem noch nicht erledigt. Wir werden weiterhin massiv gefordert sein. Ich bitte eindringlich, den Zubau von Energieerzeugungsanlagen in diesem Land zu unterstützen, ganz egal wo. Wir brauchen jetzt endlich einen Ruck, der durch dieses Land geht.

Diskussion – **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.